



## „Vom Fall der Mauer überzeugt“

25 Jahre Fall der Mauer. Am 9. November 1989 begann mit einem gestammelten Satz, gesprochen in einer Pressekonferenz, der Anfang vom Ende der Deutschen Demokratischen Republik, DDR. Eine Persönlichkeit, die seinerzeit das Geschehen sozusagen aus dem „Vorzimmer der Macht“ erlebte, ist Prof. Dr. Werner Weidenfeld. Der renommierte Münchner Politikwissenschaftler spricht am Montag, 10. November, um 19.30 Uhr (Abendkasse ab 18.30 Uhr) in der Reihe

„Das politische Gespräch“ in der Aula des Attendorner Rivius-Gymnasiums über die Vorgänge, die zur deutschen Einheit führten. Der Titel seines Vortrags lautet „Der Fall der Mauer – Aufbruch in ein neues Europa?“. Im Vorfeld dieser Veranstaltung sprach Hartmut Poggel mit Werner Weidenfeld. Prof. Weidenfeld ist auch am heutigen Sonntag in der Zeit von 13 bis 14 Uhr im TV-Dokumentationskanal Phoenix zu sehen in „History, Der Fall der Mauer - Wie es wirklich war“.

**KURIER:** Wie hoch schätzen Sie den Anteil der Bundesregierung an der Wiedervereinigung ein?

**Weidenfeld:** Es gibt hier mehrere Komponenten, die sich zu einem erheblichen Anteil summieren. Die Bundesrepublik war zum Ersten ein Magnet für die Menschen in der DDR. Ohne so eine „Attraktion“ hätte die Protestbewegung im Osten kein Ziel gehabt, auf das sie zusteuern konnte. Zum Zweiten hat die Bundesregierung über Jahre hinweg die menschlichen Begegnungen ausgebaut. Das hat mit der Entspannungspolitik zu tun, aber auch bei Zugeständnissen wurden Gegenleistungen eingefordert, soll heißen, dass Milliardenhilfen nur gegen beispielsweise Ausreisegenehmigungen gewährt wurden. Und zum Dritten hat die Kohl/Genscher-Regierung ab dem 19. Dezember 1989 eine sehr aktive Einigungspolitik betrieben.

**KURIER:** Gab es während des Einigungsprozesses einen Zeitpunkt oder eine Phase, in der Sie Zweifel hatten, dass dieses Ereignis zu einem positiven Ende kommen kann?

**Weidenfeld:** Nein. Ich hatte von Beginn an einen ganz besonderen Erwartungshorizont; ich bin davon ausgegangen, dass die Mauer fallen wird – wann auch immer. Im gesamten Regierungsumfeld war ich der Einzige, der vom Mauerfall ausgegangen ist. Stellen Sie sich vor: An dem besagten 9. November, das ist ja nur einfach ein Datum, waren Kohl und Genscher nicht einmal in Deutschland, sondern in Warschau, weil sie nicht mit einer so dramatischen Wendung der Ereignisse gerechnet hatten. In den Taschen hatten sie die am Tag erschienenen jüngsten Umfrageergebnisse zur Wiedervereinigung: Nur 3 Prozent der Westdeutschen erwarteten ein geeintes Deutschland zu ihren Lebzeiten! Selbst Helmut Kohl war vom Tempo

der Einigung überrascht. In seinem „10-Punkte-Plan“ zur Einheit war lediglich von „konföderativen Strukturen“ die Rede, nicht einmal von einer Konföderation. Und der ZK-Beschluss, den Politbüromitglied Günter Schabowski in der Pressekonferenz bekanntgab, sah eigentlich nur eine Formulierung für Reiseerleichterungen vor, ohne Zeitangabe. Schabowski hat den Text ungelesen selbst interpretiert. Dieser Mauerfall war aber ein so elementarer Vorfall, dass der Prozess im Ergebnis gar nicht anders hätte ausgehen können. Davon war ich felsenfest überzeugt.

**KURIER:** Gab es direkte Kontakte zur DDR-Führung und zur UdSSR bzw. deren Militärhauptquartier in Berlin-Karlshorst?

**Weidenfeld:** Aber ja. UdSSR- und DDR-Führung waren beide stark in den Einigungsprozess ab dem 19. Dezember 1989 involviert. An diesem Tag ist Helmut Kohl nach Dresden gefahren und hat sich mit Hans Modrow (leitete vom 13. November 1989 bis März 1990 die letzte DDR-Re-

gierung, Anm. der Red.) getroffen - Ost-Berlin kam wegen des Status als Treffpunkt nicht in Frage. Schon dieses Treffen war ohne vorherige Kontakte und Klärungen mit Moskau gar nicht möglich gewesen. Ab diesem Datum wurden von der Bundesregierung die Währungsreform und die ersten freien Wahlen auf DDR-Boden im März 1990 massiv vorangetrieben, in stetigem Kontakt zur UdSSR-Regierung.

**KURIER:** 25 Jahre Mauerfall – 24 Jahre vereintes Deutschland; sind wir „ein Volk“? Ist die Einheit in den Köpfen derer fest etabliert, die 1989/90 als Erwachsene – und damit auch den Kalten Krieg davor – miterlebt haben?

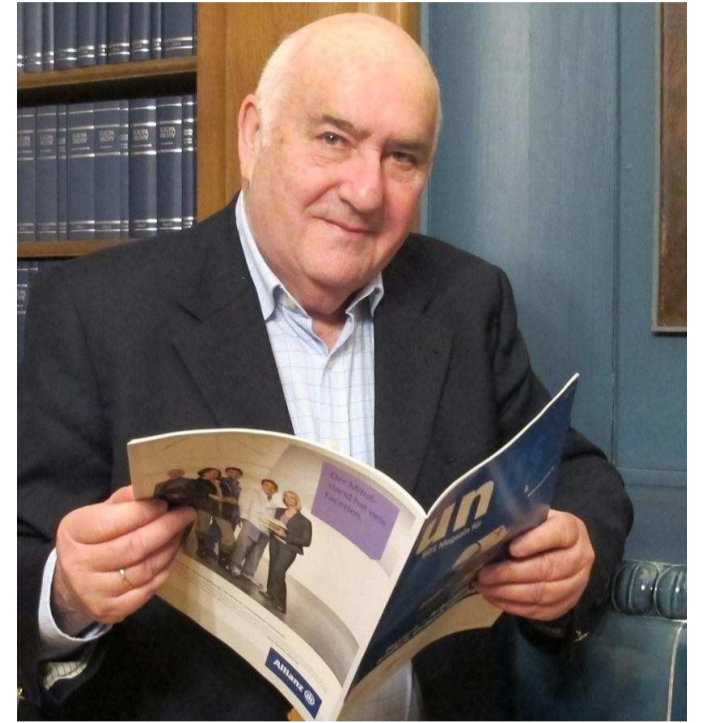
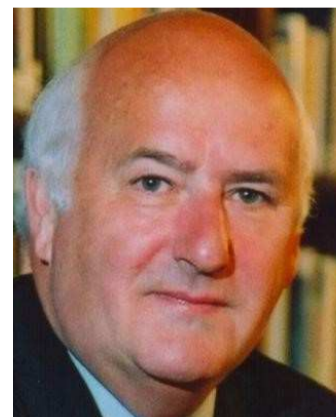
**Weidenfeld:** Das Volk hat sich schon sehr weit angenähert. Die Nation ist nicht in Ost und West gespalten. Dass es unterschiedliches Empfinden gibt, liegt in den unterschiedlichen Wahrnehmungen der Menschen. Wer in einer Diktatur gelebt hat, nimmt natürlich vieles anders wahr, als die Leute mit dem „westlichen“ Wahrnehmungshorizont. Es

### Prof. Dr. Dr. hc Werner Weidenfeld

- Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP) der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Salzburg)
- Vorsitzender des Abt-Herwegen-Instituts der Benediktinerabtei Maria Laach
- Gastprofessuren an der Sorbonne (Paris), an der Remmin-Universität (Peking), an der Hebräischen Universität (Jerusalem), an der Zeppelin-Universität (Friedrichshafen)
- Ehrenmitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
- Assoziiertes Mitglied des Club of Rome
- 1987 – 1999 Koordinator der Bundesregierung für die

deutsch-amerikanische Zusammenarbeit

- Träger zahlreicher Orden und Auszeichnungen
- Autor zahlreicher Bücher über die Einigung Europas, deutsche Außenpolitik, Zeitgeschichte



Vor 25 Jahren war der Politikwissenschaftler beim Fall der Mauer mitten im politischen Geschehen – am Montag berichtet er darüber im Attendorner Rivius-Gymnasium.

gibt keine Trennung in Ost und West, die Ökonomie hat sich verwoben. Da gibt es eher eine Kontrastierung querbeet durch die Bevölkerungsschichten. Im Rückblick ist eine moderne Gesellschaft entstanden, deren divergierende Erfahrungshorizonte sich nicht an Ost und West festmachen lassen. Als bestes Beispiel dient die Herkunft von Bundespräsident und Kanzlerin.

**KURIER:** Welche Auswirkungen hat die Wiedervereinigung auf Europa? Und - hat Deutschland die Pubertät hinter sich und seine Rolle in Europa gefunden?

**Weidenfeld:** Diese Vereinigung hat von Anfang an eine immense europäische Komponente. Ohne die früheren Freiheitsbestrebungen und Massenaufmärsche in Ungarn, der CSSR und Polen hätte es die Protestbewegung in der DDR nie gegeben. Ich habe in der Nacht vom 9. auf den 10. November zu meinen Mitarbeitern gesagt: „Das ist die EU-Osterweiterung.“ Und so ist es dann ja auch gekommen. Zur Rolle Deutschlands: Unsere Nachbarn erwarten Führungsimpulse von Deutschland. Wenn wir eine sensible, behutsame, einfühlsame und ausbalancierte Führungsleistung erbringen, die die Nachbarn nicht erschreckt, dann sind wir erfolgreich.

**KURIER:** Die Ukraine-Krise stellt die härteste Belastung der Beziehungen zu Russland seit 25 Jahren dar. Ist das ein Rückblick in den Kalten Krieg?

**Weidenfeld:** Nein. Diese Krise gibt uns im Westen starke Hinweise auf erhebliche strategische Defizite. Wir kümmern uns um Länder wie die Ukraine, aber auch Libyen, Tunesien oder Ägypten, Stichwort „Arabischer Frühling“, erst dann, wenn es dort zu Konflikten kommt, anstatt vorher strategische Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Das gilt in gleicher Weise für die Beziehungen zu Russland. Wir haben erhebliche Defizite im langfristigen strategisch-kulturellen Denken.

**KURIER:** Letzte Frage: Kennen Sie das Sauerland und den Kreis Olpe?

**Weidenfeld:** Ich habe in Bonn studiert, anschließend im Privathaus von Konrad Adenauer an dessen Biografie gearbeitet. Danach war ich in Bonn zwölf Jahre lang Amerika-Koordinator der Bundesrepublik. In dieser langen Zeit lernt man fast automatisch die Umgebung kennen, und natürlich auch das Sauerland und den Kreis Olpe.

**KURIER:** Herr Professor Weidenfeld, vielen Dank für dieses Gespräch.

## Ein kurzer Blick zurück auf die deutsche Wiedervereinigung

Es fällt sicher schwer, ein bestimmtes Datum als Auslöser des Prozesses zu benennen, der die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nach 65 Jahren der Trennung herbeiführte. Der Beginn dieser kurzen Chronik ist daher subjektiv.

- 11. März 1985: Michail Gorbatschow wird zum Generalsekretär der KPdSU gewählt.
- Februar 1986: Gorbatschow setzt mit dem 27. Parteitag der KPdSU Glasnost (Offenheit) und Perestrojka (Umstrukturierung) um.
- 1988: Michail Gorbatschow dekretiert, dass die Staaten des Warschauer Paktes zukünftig ihre Staatsform selbst bestimmen können, damit löst er friedliche Reformbewegungen in Polen, CSSR und Ungarn aus.
- Ab Mai 1989 beginnt Un-

garn mit dem schrittweisen Abbau der Grenzzäune zu Österreich. Dies wird von zehntausenden DDR-Bürgern genutzt, um in die Bundesrepublik zu fliehen. Gleichzeitig wachsen die Oppositionsbewegungen in der DDR.

- 8. August 1989: In Ost-Berlin nimmt die „Ständige Vertretung“ der Bundesrepublik 130 DDR-Flüchtlinge aus.
- 4. September 1989: In Leipzig beginnen die friedlichen Montagsdemonstrationen. Ca. 1000 Menschen versammeln sich und fordern Freiheit und mehr Rechte. Die DDR-Führung reagiert mit brutalen Übergriffen der Sicherheitskräfte. Die Einschüchterungen misslingen – an den folgenden Montagen nimmt die Zahl der Demonstrationsteilnehmer ständig zu.
- 11. September 1989: Ungarn öffnet seine Grenzen zu Öster-

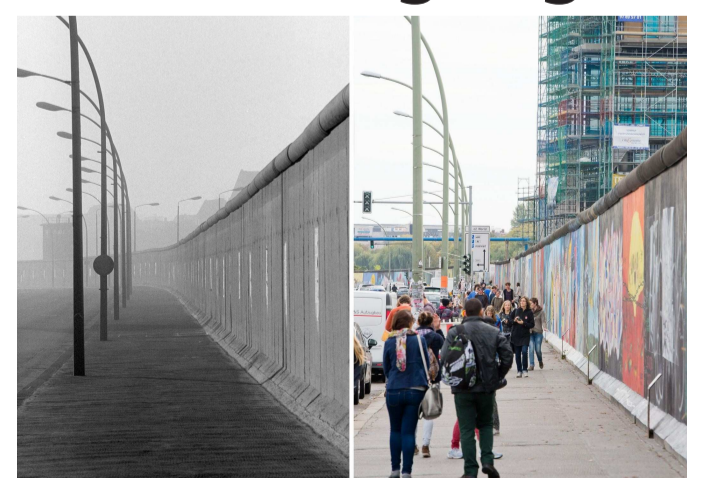
reich. Binnen drei Tagen nutzen dies mehr als 15.000 Menschen zur Flucht in den Westen. In der Botschaft der Bundesrepublik in Prag warten etwa 6000 Flüchtlinge aus der DDR, ihnen gestatten die Regierungen der SU und der DDR Ende des Monats die Ausreise in die Bundesrepublik.

- 1. Oktober: DDR-Flüchtlinge durchqueren das Land in Sonderzügen aus Warschau und Prag; dort stürmen am späten Nachmittag 300 Menschen auf das Gelände der BRD-Botschaft.
- 4. Oktober 1989: Am Hauptbahnhof in Dresden eskaliert die Situation. DDR-Sicherheitskräfte stoppen Sonderzüge der Reichsbahn, die DDR-Flüchtlinge aus Polen und der CSSR Richtung Bundesrepublik transportieren, um weiteres Aufspringen zu

verhindern. Es kommt in Dresden zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Ausreisewilligen und der Staatsmacht, die u.a. Wasserwerfer einsetzt.

- 7. Oktober 1989: Die SED will den 40. Jahrestag der DDR-Gründung feiern, stattdessen gibt es in vielen Städte Demonstrationen gegen das SED-Regime.
- 9. Oktober: In Leipzig demonstrieren 75.000 Menschen friedlich für politische Reformen und Meinungsfreiheit.
- 18. Oktober 1989: Erich Honecker tritt von allen Funktionen zurück.
- 3. November 1989: DDR-Bürger dürfen legal über die CSSR ausreisen.
- 8. November 1989: Die SED gibt auf
- 9. November 1989: In Berlin fällt die Mauer!

- 18. März 1990: erste freie Wahlen auf dem Gebiet der DDR; die Volkskammer wird beauftragt, den Beitritt zur BRD vorzubereiten.
- 5. Mai: „2-plus-4-Gespräche“ zwischen den 4 Siegermächten des 2. Weltkriegs und den Außenministern beider deutscher Staaten.
- 18. Mai 1990: Die beiden Regierungen unterzeichnen den Vertrag über eine Wirtschafts- und Währungsunion.
- 1. Juli: Die D-Mark wird einziges Zahlungsmittel in ganz Deutschland.
- Die DDR-Volkskammer beschließt – obwohl die Verhandlungen zum Vertrag der deutschen Wiedervereinigung noch stattfinden – den Beitritt zur Bundesrepublik und benennt dafür den 3. Oktober.
- 12. September: 45 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs gewähren die vier Sie-



Ein Abschnitt der Berliner Mauer in der Mühlenstraße in Friedrichshain, aufgenommen am 25. Januar 1990 (l.) und am 10. Oktober 2014, heute als „East Side Gallery“ bekannt. Foto: Eberhard Klöppel/Lukas Schulze (dpa)

ermächte (USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich) die volle Souveränität durch Unterzeichnung des „2-plus-4-Vertrags“.

- 3. Oktober: In ganz Deutschland liegen sich die Menschen in den Armen – der Tag wird offizieller „Tag der deutschen Einheit“.